

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Informationen zu den
Kriegen in der Ukraine, in Westasien -
und zur Militarisierung in Deutschland.

1. Ukraine-Krieg im Liveticker

2. ZDF: Ausweisung von Journalisten: Amt sorgt für diplomatischen Eklat mit Moskau

**3. IPG: Historische Warnung: Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der Ukraine vor –
die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt und Chaos enden.**

4. Auswärtiges Amt: Gemeinsame Erklärung der Außenministerinnen und -minister Deutschlands,

**Frankreichs, Italiens, Polens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs sowie der Hohen
Vertreterin**

der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

5. Budrich-Journal: Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos?

6. IPG: Im Vakuum: Im syrischen Bürgerkrieg mischten stets internationale Akteure mit.

Der Fall Assads samt Rückzug von Iran und Russland läutet ein neues Kapitel ein.

7. Tagesspiegel: Neuer US-Botschafter in Israel: Für Mike Huckabee gibt es die Palästinenser nicht

8. SZ: Gazastreifen: Dürfen Israels Panzer mit deutscher Unterstützung rollen?

9. SZ: US-Stützpunkt Ramstein: Geschosse aus Nachbars Garten

10. DLF: Nach Assads Sturz - Warum Israel in Syrien angreift

11. Telegraph: Israel ebnet den Weg für einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen,

nachdem es Assads Armee ausgeschaltet hat

12. IPG: „Sie waren mittendrin im Kreislauf der Gewalt“

Bei den „Kriegern für Frieden“ engagieren sich Israelis und Palästinenser.

Rana Salman über Angst, Versöhnung und Fehler der Weltgemeinschaft.

13. Bundestag: Anhörung zum Artikelgesetz „Zeitenwende“

1. Ukraine-Krieg im Liveticker

19.12.2024

<https://www.n-tv.de/politik/17-00-Putin-bereut-dass-er-die-Ukraine-nicht-schon-frueher-angegriffen-hat--article23143824.html>

17:00 Putin bereut, dass er die Ukraine nicht schon früher angegriffen hat

Russland hätte nach Darstellung von Präsident Wladimir Putin früher in die Ukraine einmarschieren sollen. Auf die Frage, was er heute anders machen würde, sagt Putin zudem, Russland hätte sich besser auf den Konflikt vorbereiten sollen.

Auch ein BBC-Reporter stellt eine rückblickende Frage: Ob Putin gut auf Russland aufgepasst habe, wie es ihm Boris Jelzin bei der Übergabe der Präsidentschaft Ende 1999 aufgetragen habe. Putin bejaht dies und behauptet: "Wir sind vom Rande des Abgrundes zurückgetreten."

(...)

00:35 Kellogg: Attentat auf russischen General "nicht klug"

Der künftige US-Sondergesandte für die Ukraine und Russland, Keith Kellogg hält den tödlichen Bombenanschlag auf den russischen General Kirillow nach eigenen Worten für "nicht wirklich klug". Im US-Sender Fox Business sagt Kellogg: "Es gibt Regeln für die Kriegsführung, und es gibt bestimmte Dinge, die man einfach nicht tun sollte".

Während ein General auf dem Schlachtfeld ein legitimes Ziel sei, stelle ein gezielter Angriff auf "Nichtkombattanten" - also Personen außerhalb aktiver Gefechte - eine Überschreitung dieser Regeln dar. "Wenn man dafür einen Söldner anheuert, ist das meiner Meinung nach überhaupt keine gute Idee", sagt er. "Aber das ist Krieg. Und Krieg ist hässlich."

18.12.2024

14:00 Wiesbaden startklar: NATO-Quartier für Ukraine-Hilfen nimmt Arbeit auf

<https://www.n-tv.de/politik/14-00-Wiesbaden-startklar-NATO-Quartier-fuer-Ukraine-Hilfen-nimmt-Arbeit-auf--article23143824.html>

Das neue NATO-Kommando zur Koordinierung der internationalen Ukraine-Hilfen in Wiesbaden nimmt die Arbeit auf. Es werde die Ukraine "in eine Position der Stärke versetzen", erklärt der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, Christopher Cavoli, am Dienstagabend am belgischen Stützpunkt in Mons.

Von der hessischen Landeshauptstadt aus leitet die NATO die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch Verbündete an und koordiniert die Militärhilfen der Partnerländer. Es verwaltet auch den Transfer und die Reparatur von Ausrüstung. Der Koordinierungsstab namens NSATU (NATO-Stab für Sicherheitsunterstützung und Ausbildung für die Ukraine) soll die Ukraine-Hilfen der NATO-Länder laut Diplomaten "Trump-sicher" machen.

Bislang organisieren die USA in der sogenannten Ramstein-Gruppe federführend die internationale Militärhilfe für die Ukraine. Der künftige US-Präsident Donald Trump hat jedoch angekündigt, die US-Hilfen für Kiew zu kürzen.

—

09:51 Bombenleger von Moskau aus Usbekistan - Geständnis abgelegt

Nach dem tödlichen Anschlag auf einen ranghohen General in Moskau haben die russischen Behörden nach eigenen Angaben einen usbekischen Staatsbürger als mutmaßlichen Bombenleger festgenommen. Der Mann habe gestanden, dass er den Sprengsatz im Auftrag des ukrainischen Geheimdiensts gelegt habe, teilt das russische Ermittlungskomitee mit.

Er habe zugegeben, die Bombe an einem Elektroroller vor dem Eingang des Wohnblocks platziert zu haben, in dem Generalleutnant Igor Kirillow gelebt habe. Dann habe er eine Überwachungskamera in einem Mietwagen in der Nähe installiert.

Die Drahtzieher des Attentats hätten sich in der ukrainischen Stadt Dnipro aufgehalten und die Kamera genutzt, um den Sprengsatz am Dienstag ferngesteuert zu zünden, als der Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen das Gebäude verlassen habe.

— —

21:08 Insider: Trumps Ukraine-Gesandter im Januar in Europa - nicht in Moskau

Der designierte Ukraine-Gesandte des künftigen US-Präsidenten Donald Trump wird Insidern zufolge Anfang Januar nach Kiew und in mehrere andere europäische Hauptstädte reisen, jedoch nicht nach Moskau.

Der pensionierte General Keith Kellogg werde dabei eher eine Bestandsaufnahme machen als verhandeln, sagen zwei mit den Plänen vertrauten Personen der Nachrichtenagentur Reuters. Kelloggs Team arbeite daran, Gespräche mit Spitzenpolitikern etwa in Rom und Paris zu organisieren. Die Reiseplanung könne sich noch ändern.

— —

2. ZDF: Ausweisung von Journalisten: Amt sorgt für diplomatischen Eklat mit Moskau

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/russland-ausweisung-journalisten-ard-100.html?utm_source=firefox-newtab-de-de

Ausweisung von Journalisten:

Amt sorgt für diplomatischen Eklat mit Moskau

von Sebastian Ehm

12.12.2024 | 02:56

Russland weist zwei ARD-Journalisten aus, woraufhin das Auswärtige Amt den russischen Botschafter einbestellt. Doch den ersten Schritt in dem Streit unternahm eine deutsche Behörde.

"Russland weist zwei ARD-Journalisten aus." Diese Meldung dominierte vor gut zwei Wochen die Schlagzeilen.

Dem vorausgegangen war der Bericht des Deutschland-Korrespondenten des ersten Kanals des russischen Fernsehens, Iwan Blagoj, der darüber berichtete, dass Deutschland ihm und seinem Kameramann die Aufenthaltserlaubnis entziehe.

Der Bericht war reißerisch und Blagoj inszenierte sich als Opfer deutscher Willkür. Deutschland, das immer so stolz auf seine Pressefreiheit sei, schränke diese selbst ein und verhindere freie Berichterstattung, so Blagojs Vorwurf.

In diesen Kanon stimmte auch der stellvertretende Außenminister Russlands ein. Sergej Riabkow posaunte über seinen Telegram-Kanal hinaus, Deutschland schließe das Büro des Perwy Kanals.

Das stimmte zwar nicht, weil nur für Korrespondent und Kameramann die Aufenthaltstitel nicht verlängert wurden, doch die Empörung auf russischer Seite war groß. Auf Details und Fakten kam es schon längst nicht mehr an.

Später trat die Sprecherin des Außenministeriums Marija Sacharowa vor die Presse und verkündete als Gegenmaßnahme die Ausweisung der zwei ARD-Journalisten. Doch was war eigentlich vor der ganzen Aufregung passiert? Wie russische Journalisten in Deutschland arbeiten

Iwan Blagoj zitierte in seinem Bericht aus einem zehnsseitigen Dokument, das ihm von "deutschen Behörden" zugestellt worden sein soll. In dem TV-Bericht kann man deutlich deutsche Worte lesen: "Berlin" und "Landesamt für Einwanderung". Tatsächlich brauchen ausländische Journalisten in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis, um ihrer Arbeit nachgehen zu dürfen. Eine extra Genehmigung einer anderen

Stelle ist hierzulande nicht nötig.

Die Erteilung dieser Aufenthaltserlaubnis ist Ländersache. Wer also beispielsweise aus Paderborn berichten will, muss sich an die dort zuständige Ausländerbehörde wenden. Wer, was zugegebenermaßen öfter vorkommt, als Korrespondent aus der Hauptstadt informieren will, muss sich an die zuständige Behörde in Berlin wenden - das Landesamt für Einwanderung, kurz LEA.

(...)

Auge um Auge, Zahn um Zahn: Folgen für deutsche Journalisten in Russland

Es ist davon auszugehen, dass das Amt wusste, welche Folgen eine solche Entscheidung für deutsche Journalisten in Russland haben kann. Am 4. Februar 2022 schloss das russische Außenministerium als Reaktion auf das Verbot des deutschsprachigen Programms des Staatssenders RT DE das Büro der Deutschen Welle in Moskau. Das russische Außenministerium handelt in Medienfragen immer nach dem Prinzip Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Für deutsche Journalisten in Moskau ist das Vorgehen des deutschen Amtes ein Problem. Auch wenn es datenschutzrechtlich geboten und eine Zuständigkeit des Landes Berlin ist, hängt von diesen Einzelfallentscheidungen mutmaßlich der Verbleib der deutschen Korrespondenten in Russland ab. Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft könnten in dem Fall nur noch reagieren, wenn das Kind längst in den Brunnen gefallen ist.

Landesbehördliche Entscheidung mit brisanten Konsequenzen

Zwar ist das Aufenthaltsrecht in Deutschland Sache der Länder. Doch genauso klar ist, dass hier die Entscheidung einer Landesbehörde außenpolitische und diplomatisch brisante Konsequenzen hat, für die die Landesbehörde nicht zuständig ist.

Es könnte also bei der Entscheidung einen Ermessensspielraum geben, den die Berliner Behörde durchaus hat, aber nicht nutzt.

Sie könnte in Zukunft weiteren russischen Journalisten die Aufenthaltsgenehmigung verweigern, was weitere Ausweisungen deutscher Korrespondenten nach sich ziehen würde.

Das könnte dann auch das ZDF betreffen, das zurzeit mit Armin Coerper nur noch einen Korrespondenten in Russland hat.

—

3. IPG: Historische Warnung: Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der Ukraine vor –

die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt und Chaos enden.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/historische-warnung-7961/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Außen- und Sicherheitspolitik 12.12.2024 |

Nina L. Khrushcheva

Nina L. Khrushcheva ist Professorin für Internationale Politik an der New School in New York und Senior Fellow des World Policy Institute. Sie ist die Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.

Historische Warnung

Trumps „Friedens-Deal“ sieht eine Teilung der Ukraine vor – die Geschichte zeigt, dass Pläne dieser Art meist in Gewalt und Chaos enden.

Trump behauptet seit Langem, er werde den Krieg in der Ukraine nach seinem Amtsantritt innerhalb von 24 Stunden beenden. Über die Lösung, die Trump vorschwebt, wurde viel spekuliert, und alle diese Szenarien haben eines gemeinsam: die Zerstückelung der Ukraine. Wenn dies der Preis für den Frieden sein soll, lohnt es sich, die düstere Geschichte territorialer Teilungen zu bedenken.

Es gibt nur wenige Ereignisse, die derart langanhaltende Feindschaft hervorrufen, und noch weniger, die derart verheerende Gewalt verursacht haben. (...)

Trump scheint die bestehenden Sicherheitsverpflichtungen der USA zu verabscheuen, doch wenn die USA keine derartigen Garantien anbieten, könnte sich das auch für Russland als schlecht erweisen.

Putin kam nach einem verheerenden Krieg und einem langwierigen Aufstand in der russischen Republik Tschetschenien an die Macht, der auch Terroranschläge tschetschenischer Separatisten in Moskau und anderen russischen Städten umfasste. Bereits 2022 haben die Ukrainer einen Guerillakrieg gegen Russland angekündigt.

In Ermangelung anderer Optionen wird das Risiko dafür nur noch weiter zunehmen. Trump sollte versuchen, den Kreml von der Notwendigkeit fairer Verhandlungen zu überzeugen; andernfalls könnte Russland nach der Teilung vom Terrorismus heimgesucht werden, und zwar womöglich in größerem Ausmaß, als es sich die Tschetschenen je vorstellen konnten.

4. Auswärtiges Amt: Gemeinsame Erklärung der Außenministerinnen und -minister Deutschlands,

Frankreichs, Italiens, Polens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs sowie der Hohen Vertreterin

der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2690234-2690234>

Gemeinsame Erklärung der Außenministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs sowie der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

12.12.2024 - Pressemitteilung

Wir, die Außenministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs sowie die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, sind heute zu einem entscheidenden Zeitpunkt in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mit dem Außenminister der Ukraine zusammengekommen.

Die Ziele eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens für die Ukraine und nachhaltiger Sicherheit für Europa sind untrennbar miteinander verbunden. Die Ukraine muss sich durchsetzen.

Deshalb bleiben wir auch mehr als 1000 Tage nach Beginn des rechtswidrigen Kriegs Russlands gegen die Ukraine unbeirrbar in unserer Solidarität. Wir werden die Ukraine weiterhin in ihrem Recht unterstützen, sich gegen die russische Aggression zu verteidigen.

Wir verurteilen auf das Schärfste Russlands Entscheidung, seinen Angriffskrieg durch brutale und gezielte Angriffe auf die Städte und die kritische zivile Infrastruktur der Ukraine, durch den Einsatz von Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea und durch den Einsatz ballistischer Mittelstreckenraketen für Angriffe auf die Ukraine zu eskalieren.

Wir werden die Ukraine weiterhin auf ihrem unumkehrbaren Weg zur vollständigen euroatlantischen Integration einschließlich der NATO-Mitgliedschaft unterstützen.

Wir werden die Ukraine weiterhin auf ihrem Weg zum Beitritt zur Europäischen Union unterstützen.

Wir bekräftigen unsere feste Unterstützung für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine im Einklang mit dem Völkerrecht einschließlich der VN-Charta, und zwar unter uneingeschränkter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine.

Wir werden die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die Ukraine aufstocken, auch durch Mobilisierung zusätzlicher europäischer Mittel.

Wir betonen, dass eine rasche und gemeinsame Umsetzung des Darlehens der G7 in Höhe von 50 Milliarden Dollar, bei dem Europa eine bedeutende Rolle zukommt, der Ukraine helfen wird, dringenden Bedarf auch auf militärischer Ebene zu decken.

Wir sind weiterhin entschlossen, den Neu- und Wiederaufbau sowie die wirtschaftliche Erholung der Ukraine in Abstimmung mit internationalen Partnern zu unterstützen. Die Ukraine Recovery Conference (URC) 2025 wird von Italien ausgerichtet.

Wir werden den Aufbau der militärischen Fähigkeiten Russlands weiterhin beschränken. Wir werden die Einnahmequellen des Kremls, auch aus dem Energiesektor, weiterhin unter Druck setzen.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Friedensformel von Präsident Selensky als glaubhaftem Weg hin zu einem gerechten und dauerhaften Frieden.

Ohne die Ukrainerinnen und Ukrainer und ohne die Europäerinnen und Europäer an ihrer Seite kann es keine Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine geben.

Wir sind entschlossen, der Ukraine unverbrüchliche Sicherheitsgarantien zu geben, unter anderem durch die verlässliche und langfristige Bereitstellung militärischer und finanzieller Unterstützung.

In der Überzeugung, dass Frieden in der Ukraine untrennbar mit Sicherheit in Europa verbunden ist, sind wir entschlossen, in Bezug auf die europäische Sicherheit im Schulterschluss mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern in großen Maßstäben zu denken und zu handeln.

Wir bekräftigen daher die Warschauer Erklärung vom 19. November 2024. Ein Element besteht darin, dass wir den Zugang der europäischen Verteidigungsindustrie zu öffentlichen und privaten Finanzmitteln verbessern müssen, um die europäischen Fähigkeitslücken zu schließen.

Wir sehen das als Gelegenheit, die Grundlagen des transatlantischen Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu erneuern, indem wir die NATO stärken und innerhalb des Bündnisses eine gerechte Lastenteilung gewährleisten, auch durch verstärkte Bemühungen von Seiten der EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, sowie als Gelegenheit, ein sichereres und geeinteres Europa zu schaffen.

In diesem Sinne bekräftigen wir unser unerschütterliches Bekenntnis zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage der Prinzipien der VN-Charta und der OSZE.

Wir haben ferner die aktuelle Lage in Syrien erörtert. Nach dem Fall des Assad-Regimes kommt es nun entscheidend darauf an, die

territoriale Unversehrtheit Syriens zu wahren, die Unabhängigkeit des Landes sowie seine Souveränität und staatlichen Institutionen zu achten und jede Form des Extremismus zurückzuweisen.

Alle Akteure müssen das Völkerrecht achten und Angehörige aller Minderheiten schützen und gleichzeitig in einen alle Seiten und alle zentralen Themen einbeziehenden Dialog unter syrischer Führung und Eigenverantwortung eintreten, um einen geordneten, friedlichen und inklusiven Übergang im Geiste der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrats sowie im Einklang mit dem Willen des syrischen Volkes zu gewährleisten.

Beim Blick auf Syrien bedarf es auch einer breiteren regionalen Perspektive. Wir begrüßen den aktuellen Waffenstillstand in Libanon und betonen, wie wichtig es ist, auch in Gaza einen Waffenstillstand und eine Vereinbarung zur Freilassung der Geiseln herbeizuführen und großflächig humanitäre Hilfe zu leisten.

5. Budrich-Journal: Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos?

<https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/45135>

Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos?

Klaus Moegling

Zusammenfassung

Welche Alternativen hätte es für die NATO im Vorfeld und im Krieg in der Ukraine gegeben? Hat die NATO Verhandlungsoptionen ausgelassen, die einen Krieg verhindert bzw. den Krieg frühzeitig beendet hätten? Welche Relevanz hat die Beantwortung derartiger Fragestellungen für die Beendigung des Kriegs in der Ukraine und für die Zeit nach dem Krieg?

Bibliographie: Moegling, Klaus: Ist die Ukraine-Politik der NATO alternativlos?, GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 4-2024, S. 417-422.

<https://doi.org/10.3224/gwp.v73i4.02>

6. IPG: Im Vakuum: Im syrischen Bürgerkrieg mischten stets internationale Akteure mit.

Der Fall Assads samt Rückzug von Iran und Russland läutet ein neues Kapitel ein.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/im-vakuum-7985/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika 12.12.2024

[Hanna Pfeifer](#) & [Regine Schwab](#)

Im Vakuum

Im syrischen Bürgerkrieg mischten stets internationale Akteure mit.

Der Fall Assads samt Rückzug von Iran und Russland läutet ein neues Kapitel ein.

Hanna Pfeifer leitet den Forschungsbereich Innere Sicherheit und Gesellschaftlicher Frieden am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Regine Schwab ist Postdoktorandin am Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) im Programmbereich Innerstaatliche Konflikte und Lehrbeauftragte an der Goethe-Universität Frankfurt.

(...)

Während das Assad-Regime zur Achse des Widerstands gehörte und damit in einer Allianz mit Israels wichtigsten Gegnern stand, so hatte sich mit Syrien im Konflikt um die von Israel völkerrechtswidrig besetzten Golanhöhen eine Art stille Übereinkunft zur Duldung des Status quo eingespielt.

Israel flog aber immer wieder Luftangriffe gegen iranische Militärs, Hisbollah-Angehörige, Waffentransporte und syrische Militäreinrichtungen. Diese Angriffe galten jedoch nicht der Stärkung einer Kriegspartei, sondern der Schwächung der Achsenmitglieder.

Die israelischen Militärhandlungen der vergangenen Monate haben in diesem Sinne die Achse des Widerstands gebrochen.

Die israelischen Militärhandlungen der vergangenen Monate haben in diesem Sinne die Achse des Widerstands gebrochen. Die exzessive israelische Gewalt gegen Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza und später im Libanon sowie sichtbar begangene Völkerrechtsverbrechen haben in der arabischen Welt zwar die Unterstützungswerte für die Achsenmitglieder deutlich steigen lassen.

Allerdings fügte die israelische Armee nicht nur der Hamas in und außerhalb von Gaza, sondern auch der Hisbollah im Libanon und dem Iran erheblichen militärischen Schaden und einen massiven Gesichtverlust zu, nicht zuletzt durch die Tötung der Anführer beider Gruppen in Teheran und Beirut.

Am Tag vor dem Beginn der Rebellenoffensive in Syrien war zwischen Hisbollah und Israel ein – bestehender, wenn auch brüchiger – Waffenstillstand verhandelt worden. Viele Kämpfer waren in den letzten Monaten bereits aus Syrien abgezogen worden, und so war Hisbollah wohl nicht fähig – und angesichts der massiven Rückschläge im Libanon

vielleicht auch nicht willens –, den Rebellengruppen etwas entgegenzusetzen.

Die iranische Führung selbst war von Assad zunehmend desillusioniert, der wohl Informationen über iranische Stellungen an Israel weitergegeben hatte. Teheran begann am 7. Dezember mit dem Abzug seines Personals aus Syrien.

Auch Russland ließ Assad fallen, nachdem es über Jahre nicht nur militärisch, sondern auch als diplomatische Schutzmacht eine zentrale Stütze für das Regime gewesen war, etwa durch Blockaden im UN-Sicherheitsrat. Assad scheint die russischen „Ratschläge“ schon länger ausgeschlagen zu haben.

Hier ist der gescheiterte Normalisierungsprozess mit der Türkei zu nennen. Diesen hatte Russland in die Wege geleitet, um Syrien wieder in der Region zu verankern und von Iran zu entfernen. Assad zeigte sich in den Verhandlungen mit der Türkei jedoch unnachgiebig und unterschätzte dabei, dass Putin die Geduld mit ihm verlieren könnte.

Bis auf vereinzelte private Militärfirmen hatte Russland seine militärische und finanzielle Unterstützung seit Beginn der Invasion in der Ukraine 2022 zurückgefahren.

Zudem hatte Russland nach dem 7. Oktober 2023 die gemeinsamen Luftschläge mit der syrischen Luftwaffe auf Idlib und angrenzende

Gebiete wieder hochgefahren. Im Zuge des Rebellen Vormarschs erhöhte sich die Taktung der Angriffe, blieb aber im Vergleich etwa zur Rückeroberung Aleppos begrenzt.

Das Putin-Regime steht nach eigenen Angaben mit Vertretern der Rebellenallianz in Kontakt, um seine geostrategischen Interessen zu wahren. Russland hat bisher Stützpunkte im Landesinneren evakuiert, versucht aber seine Militärbasen im Mittelmeer zu behalten.

Die von HTS angeführte Rebellenallianz stand zumindest indirekt sowohl mit iranischen als auch mit russischen Vertretern im Austausch und sicherte zu, neben russischen Militärstützpunkten auch Botschaften und schiitische Schreine zu schützen.

Nach Berichten der syrischen Medienplattform al-Jumhuriya war dies Ergebnis einer Zusammenkunft in Doha kurz vor Beginn der Rebellenoffensive. Die russische und iranische Führung signalisierten der Türkei, dass sie bereit seien für eine politische Transition in Syrien.

In Koordination wurden mit Saudi-Arabien, Ägypten, Irak, Jordanien und Katar sieben Verhandlungspunkte erarbeitet und über die Türkei an die Rebellen übermittelt. Diese formulierten drei Gegenforderungen, nach deren Annahme der Vormarsch begann.

In nahezu vollständiger Abwesenheit iranischer und russischer Kräfte sowie der Hisbollah sind nun zwei andere internationale Mächte prägend

für das künftige Geschehen in Syrien: Die Türkei und Israel versuchen, das Gelegenheitsfenster des Regimezusammenbruchs für sich zu nutzen.

Die Kämpfe der Syrischen Nationalen Armee gegen die von Kurden geführten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) in Nordsyrien halten an; zuletzt brachten die türkisch unterstützten Milizen die Stadt Manbji unter ihre Kontrolle, die bisher von den SDF kontrolliert worden war. Zudem attackiert die Türkei direkt kurdische Stellungen mit Drohnen- und Luftangriffen.

Sie scheint die Situation nutzen zu wollen, um die kurdischen Einheiten nachhaltig zu schwächen. Die Angriffe der Türkei sind nicht nur völkerrechtswidrig, sondern destabilisieren auch die Lage in Nordsyrien in einer Form, die am Ende ISIS wieder erstarken lassen könnte.

Israel hingegen hat in den vergangenen Tagen strategische Waffen der syrischen Armee wie die Luftwaffe und Marine sowie Chemiewaffen zerstört. Es hat zudem die militärisch-neutrale Pufferzone zwischen den seit 1967 von Israel illegal besetzten Golanhöhen und dem syrischen Staatsgebiet unter seine Kontrolle gebracht und erwägt wohl, diese in weitere syrische Gebiete auszudehnen.

Diese Expansion würde für weitere Instabilität sorgen. Zudem verstoßen alle israelischen Militärhandlungen der letzten Tage in Syrien gegen das Völkerrecht, wie auch die Vereinten Nationen mehrfach anmahnten.

Sowohl die türkischen als auch die israelischen Militärhandlungen sind Brüche des internationalen Rechts und müssen dringend unterbunden werden. Beide Staaten scheinen in Erwartung der kommenden US-Regierung von Donald Trump Fakten schaffen zu wollen, die der neue Präsident nicht rückgängig machen wird.

Er hat in der Vergangenheit sowohl die Türkei als auch Israel bei ähnlichen Aktionen unterstützt. Deutschland und die EU müssen jetzt Druck auf die Türkei und Israel ausüben, die Situation nicht weiter zu destabilisieren, und einen selbstbestimmten syrischen Übergangsprozess nach besten Kräften unterstützen.

7. Tagesspiegel: Neuer US-Botschafter in Israel: Für Mike Huckabee gibt es die Palästinenser nicht

https://www.tagesspiegel.de/internationales/neuer-us-botschafter-in-israel-fur-mike-huckabee-gibt-es-die-palastinenser-nicht-12818867.html?bezuggrd=NWL&utm_source=abendlage&werbtraeg=AL

Neuer US-Botschafter in Israel: Für Mike Huckabee gibt es die Palästinenser nicht

Was bedeutet die Berufung Mike Huckabees zum künftigen Botschafter der USA in Israel? Der ehemalige Pastor der Southern Baptists und langjährige Gouverneur von Arkansas vertritt radikale Ansichten.

Von Bernd Tenhage 04.12.2024, 14:57 Uhr

Mike Huckabee lässt keinen Zweifel an seiner Mission. Für den designierten Botschafter Donald Trumps in Israel existieren Palästinenser nicht. „Das palästinensische Volk ist eine politische Erfindung“, sagt der ehemalige evangelikale Pastor auf einem von CNN ausgegrabenen Video aus dem Jahr 2008 im Gespräch mit orthodoxen Juden in Massachusetts.

Diese Menschen seien Araber und ihre Bezeichnung als Palästinenser „ein politisches Werkzeug, Israel Land wegzunehmen“.

Der langjährige Gouverneur von Arkansas übernimmt seinerseits die Begrifflichkeit der radikalen jüdischen Siedler im Westjordanland, deren Aktivitäten die Vereinten Nationen als illegal ansehen.

Wie diese nennt er die besetzten Gebiete „biblisches Herzland des jüdischen Volkes“. Und stellt in einem Interview des israelischen Armeeradios nach seiner Nominierung durch Donald Trump die Annexion in Aussicht. „Natürlich“ sei der Anschluss von „Judäa und Samaria“ während der zweiten Amtszeit Trumps „eine Option“.

Kein Beschluss der Vereinten Nationen setze göttliches Recht außer Kraft. Gott selbst habe den Juden dieses Land vor Tausenden Jahren gegeben. Sie besetzen aus Sicht Huckabees keine Gebiete, sondern kehren in ihre angestammte Heimat zurück. Entsprechend eindeutig lehnt Huckabee eine Zwei-Staaten-Lösung ab.

Im Gespräch mit einer israelischen Internetpublikation bezeichnete er Mitte November zwei Staaten im Heiligen Land als „eine gefährliche Illusion“, die Gott bereits vor 3500 Jahren zurückgewiesen habe.

Als Beleg zitiert Huckabee aus dem ersten Buch Mose, in dem „Abraham diese Eigentumsurkunde von Gott selbst überreicht bekam“. Als ehemaliger Pastor müsse er sich an die biblische Sprache halten, „denn sie hat die Geschichte überdauert und sollte wirklich den Rahmen für unser Verständnis dieses einzigartigen kleinen Stückchens Land bilden“.

(...)

Huckabee gilt als enger Verbündeter des Präsidenten der Christians United for Israel, John Hagee. Der Organisation, die eine militaristische Außenpolitik vertritt, gehören laut eigenen Angaben zehn Millionen Amerikaner an. Daniel Hummel von der University of Wisconsin wertete Huckabees Aufstieg in der „Washington Post“ als Sieg für die christlichen Zionisten. Diese stünden nun im Zentrum der Macht „und können auf hoher Ebene Politik gestalten“.

(...)

Nahost-Experte Aaron David Miller hat noch einen anderen Verdacht. Trump erzeuge an seiner Basis „einen Zuckerrausch mit symbolischen Gesten“. Die Nominierung Huckabees sei ein Signal an die treuesten Unterstützer. Ob dessen radikale Ansichten offizieller Regierungskurs werden, bleibe fraglich. „Trump wird die Politik bestimmen, nicht Huckabee.“ (KNA)

8. SZ: Gazastreifen: Dürfen Israels Panzer mit deutscher Unterstützung rollen?

<https://www.sueddeutsche.de/politik/deutschland-israel-ruestung-krieg-gaza-li.3161212?reduced=true>

Gazastreifen: Dürfen Israels Panzer mit deutscher Unterstützung rollen?

13. Dezember 2024, 13:19 Uhr

Nach monatelangem Zögern will Deutschland trotz aller Kritik wieder

Rüstungsgüter an Israel liefern: wichtige Panzerteile für den Krieg in Gaza. Menschenrechtler protestieren dagegen vor Gericht.

Von Ronen Steinke, Berlin

(...)

9. SZ: US-Stützpunkt Ramstein: Geschosse aus Nachbars Garten

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bundesverfassungsgericht-drohnenkrieg-jemen-voelkerrecht-li.3168583>

US-Stützpunkt Ramstein: Geschosse aus Nachbars Garten

17. Dezember 2024, 15:57 Uhr

Mithilfe ihrer Militärbasis im pfälzischen Ramstein steuern US-Streitkräfte Drohnenangriffe in fernen Ländern. Darf Deutschland das zulassen? Über eine Klage aus Jemen hat nun das Bundesverfassungsgericht verhandelt.

Von Wolfgang Janisch, Karlsruhe

(...)

Geklagt haben zwei Jemeniten aus der Region Hadramaut, die im globalen Drohnenkrieg der USA zwei ihrer Angehörigen verloren haben, einen Geistlichen und einen Polizisten.

Sie waren zur falschen Zeit am falschen Ort, wie man so sagt, im

Gespräch mit Al-Qaida-Islamisten, die der Geistliche kritisiert hatte.

Das Treffen endete für alle Beteiligten tödlich, weil von einer US-Drohne mehrere Raketen abgefeuert wurden – auf die Islamisten.

So steht es in der Beschwerdeschrift, die die Bürgerrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) formuliert hat.

— —

10. DLF: Nach Assads Sturz - Warum Israel in Syrien angreift

<https://www.deutschlandfunk.de/syrien-israel-bomben-strategie-100.html>

Nach Assads Sturz - Warum Israel in Syrien angreift

Nach dem Sturz Baschar al-Assads fliegt Israel Luftangriffe in Syrien. Israelische Truppen sind zudem in der Pufferzone zwischen den Golanhöhen und Syrien eingerückt. Was sind die Motive für das Vorgehen und wie reagiert die Staatengemeinschaft?

12.12.2024

(...)

Vier Kampfgruppen der israelischen Armee sind den Angaben der Streitkräfte zufolge im Süden Syriens weiter im Einsatz. Ein Brigade-Kampfteam gehe dort etwa gegen Bedrohungen entlang der Grenze vor. Dabei seien auch mehrere nicht mehr genutzte Panzer der syrischen Armee beschlagnahmt worden. Ziel des israelischen Einsatzes sei es, die Sicherheit der Zivilbevölkerung im Norden Israels zu gewährleisten.

Israel hat derzeit einen besseren Überblick über die Waffen Syriens als die HTS-Milizen, mutmaßen Experten. Die Milizen suchen demnach noch nach Informationen über Waffen und Stützpunkte der syrischen Armee, über die Israel durch seine Geheimdienste bereits verfügt und die ihm erlauben, diese Stützpunkte gezielt anzugreifen.

Warum greift Israel Ziele in Syrien an?

Israel will die Gefahren für das eigene Land und die eigene Bevölkerung verringern. Man habe kein Interesse daran, sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einzumischen, sagte der israelische Außenminister Gideon Saar.

Es gehe um den Schutz israelischer Bürger. „Deshalb greifen wir strategische Waffensysteme an, wie zum Beispiel verbliebene chemische

Waffen oder Langstreckenraketen, damit sie nicht in die Hände von Extremisten fallen.“ Verteidigungsminister Israel Katz listete seinerseits „schwere strategische Waffen“ auf, darunter diverse Raketenarten und Luftabwehrsysteme.

Ein zweiter Grund könnte sein, die Verhältnisse in der Region umgestalten zu wollen: Der Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien ermöglicht es Israel, das „Gesicht des Nahen Ostens“ zu verändern, wie es Benjamin Netanjahu formuliert hat. Dabei geht es besonders darum, die vom Iran angeführte „Achse des Widerstands“ gegen Israel und den Westen weiter zu schwächen.

Unter Assad war Syrien ein wichtiger Bestandteil dieser Achse, zu der auch die palästinensische Hamas und die Hisbollah zählen. Über die syrische Landbrücke zwischen dem Iran und der Hisbollah wurden Waffen und Kämpfer transportiert.

Für Israel ist es ein großer strategischer Gewinn, dass diese Verbindungswege vom Iran über Syrien zur Hisbollah nun erst einmal abgeschnitten sind. Denn auch Hisbollah und Iran werden dadurch geschwächt.

Welche internationalen Reaktionen gibt es auf das Vorgehen Israels?

Die israelischen Angriffe auf das Nachbarland rufen international Kritik hervor. Unter anderem erklärte der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte Ben Saul, dass die Angriffe gegen das Völkerrecht verstoßen. Es gebe „absolut keine völkerrechtliche Grundlage, um ein Land, das man nicht mag, präventiv (...) zu entwaffnen“, sagte Saul.

Auch die Verlegung israelischer Truppen in die Pufferzone in den Golanhöhen wird kritisiert. Die Staatengemeinschaft betrachtet die Golanhöhen als besetztes syrisches Gebiet. Die Pufferzone zwischen dem israelisch annektierten und dem syrischen Teil der Golanhöhen soll eigentlich entmilitarisiert sein. Besonders arabische Staaten verurteilen das dortige Vorgehen Israels – darunter Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien. Sie werfen Israel den Bruch des Völkerrechts vor.

Die Frage ist, ob sich Israel aus diesen Gebieten tatsächlich zurückziehen wird, sobald sich die Lage in Syrien wieder stabilisiert hat, oder ob es dort mit Landgewinn Fakten schaffen will.

Wie gehen die Rebellen derzeit vor?

Bislang hat die HTS-Miliz in Syrien noch nicht auf das militärische Vorgehen Israels reagiert. Ihr Chef Mohammed al-Baschir stellte der Bevölkerung in Syrien aber eine Zeit ohne weitere Kriege in Aussicht – die Menschen seien von den Kämpfen erschöpft. Weder sei das Land bereit für einen weiteren Krieg, noch werde es in einen weiteren geraten. (...)

**11. Telegraph: Israel ebnet den Weg für einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen,
nachdem es Assads Armee ausgeschaltet hat**

<https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/12/14/israel-netanyahu-considers-strikes-iran-nuclear-plants/>

**Israel ebnet den Weg für einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen,
nachdem es Assads Armee ausgeschaltet hat**

**Sturz des syrischen Regimes - und Rückendeckung von Trump -
eröffnet Netanjahu „einzigartige Gelegenheit“, gegen Teheran vorzugehen**

Jotam Confino in Tel Aviv

14. Dezember 2024 17:15 Uhr GMT

Israel hat den Weg für einen entscheidenden Schlag gegen das iranische Atomprogramm geebnet, indem es Teile der militärischen Infrastruktur Syriens beseitigt hat, so Beamte, die nach dem Sturz des Regimes von Bashar al-Assad mit The Telegraph sprachen. (...)

— —

12. IPG: „Sie waren mittendrin im Kreislauf der Gewalt“

Bei den „Kriegern für Frieden“ engagieren sich Israelis und Palästinenser.

Rana Salman über Angst, Versöhnung und Fehler der Weltgemeinschaft.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/sie-waren-mittendrin-im-kreislauf-der-gewalt-7946/?utm_campaign=de_40_20241212&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Interviews 12.12.2024

„Sie waren mittendrin im Kreislauf der Gewalt“

Bei den „Kriegern für Frieden“ engagieren sich Israelis und Palästinenser.

Rana Salman über Angst, Versöhnung und Fehler der Weltgemeinschaft.

Rana Salman ist Co-Vorsitzende der israelisch-palästinensischen Friedensorganisation Combatants for Peace.

(...)

Wie sehen Sie die Debatte in Deutschland?

Nach dem Ausgang der US-Wahlen befürchten wir, dass die nächsten Wochen für Palästina und Israel Schlimmes bedeuten, wenn es zu einer Fortsetzung des Krieges und weiteren Waffenlieferungen kommt. Was die Rolle Deutschlands angeht, hoffe ich, dass Deutschland mehr Einfluss auf Israel ausübt. Die beiden Länder sind die stärksten Verbündeten.

Ich weiß, dass es nicht einfach ist, mit der aktuellen israelischen Regierung zusammenzuarbeiten. Ich wünsche mir, dass Deutschland Maßnahmen ergreift, um die Gewalt und insbesondere den völkerrechtswidrigen Siedlungsausbau zu stoppen. Ich kenne die innerdeutsche Debatte, mir ist die Angst vor den nächsten Wahlen bewusst.

Ich weiß auch, dass die Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen, die die Handlungen der israelischen Regierung kritisieren. Das finde

ich sehr bedenklich.

Hat sich die internationale Wahrnehmung Ihrer Arbeit seit dem 7. Oktober verändert?

Ja, und zwar schlagartig. Zahlreiche Spenden und Finanzierungszusagen wurden gekürzt, gestoppt oder verzögert. Als Begründung wurde uns gesagt, dass untersucht werden müsse, ob wir Terrororganisationen unterstützen oder in irgendeiner Weise mit der Hamas verbunden sind.

Und das von Partnern, mit denen wir schon seit geraumer Zeit zusammenarbeiten. Diese Reaktion internationaler Unterstützer war für uns bestürzend. Was bei uns im Nahen Osten passiert, ist doch kein Fußballspiel, bei dem man sich für eine Seite entscheidet.

Diese Denkweise ist fatal. Wir sind der Überzeugung, dass es immens wichtig ist, in Friedensarbeit zu investieren. Ich denke, unsere internationalen Partner müssen Richtlinien befolgen. Aber wir leben in anderen Verhältnissen.

Es ist nun mal nicht alles stabil und übersichtlich hier, und wenn dann gerade in schwierigen Zeiten die Mittel wegbrechen, macht es das nicht einfacher. Als wir die Solidarität der Welt am meisten brauchten, wurden wir isoliert und haben uns alleine gelassen gefühlt.

Wir brauchen internationale Unterstützung, nicht nur finanziell, sondern auch, um uns Schutz und Legitimität zu geben. Wir sind in

unseren Gesellschaften eine Minderheit. Bei uns engagierte Palästinenser und Israelis werden jeweils als Verräter angesehen, weil sie mit „dem Feind“ zusammenarbeiten.

Diese Arbeit erfordert viel Mühe und Energie und macht nicht immer Spaß. Man ist nach einer Weile ausgebrannt, weil man so hart arbeitet, um die Realität zu ändern. Seit dem 7. Oktober haben wir das Gefühl, dass die Kluft noch größer geworden ist. Wir haben so viele Jahre daran gearbeitet, Brücken zu bauen und eine Gemeinschaft zu schaffen.

Jetzt sind wir um Jahre zurückgeworfen. Selbst wenn der Krieg morgen zu Ende wäre, bliebe der Zivilgesellschaft und den Basisbewegungen noch viel zu tun. Denn wenn die Politiker sich für Frieden entscheiden, müssen die Menschen auch dafür bereit sein.

Sie müssen in der Lage sein, zusammenzuleben und sich als gleichwertig zu betrachten. Das ist es, was wir tun: Wir bereiten die israelische und die palästinensische Gesellschaft auf einen solchen Moment vor.

— —

13. SND: Europas Rolle für den Frieden in der Welt

<https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/410614/positiv-szenario-europas-rolle-fuer-den-frieden-in-der-welt-01.01.2025.pdf>

Europas Rolle für den Frieden in der Welt

- Wie schaffen wir eine nachhaltige Friedensordnung, die unterschiedliche Sicherheitsinteressen berücksichtigt?
- Wie kann Europa zur Überwindung des imperialen Dominanzstrebens von Russland, China und der USA beitragen?
- Was kann Europa zur Ermöglichung weltweiter Abrüstung beitragen?
- Europas möglicher Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

—

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine erholsame Weihnachtszeit und einen guten Übergang ins neue Jahr 2024, in dem ich mich wieder nach einer Pause im Januar 2025 melde.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt

